

KOMMENTARE

Die Zeugen von Auschwitz  
Hört ihnen zu!

Auschwitz – die polnische Kleinstadt steht wie eine Chiffre für den Holocaust. Die Vernichtung der Juden bleibt bis heute das schrecklichste Massenverbrechen in einer industrialisierten Gesellschaft. Daran zu erinnern, ist eben keine Selbstverständlichkeit. Denn die Attacken beispielsweise auf Gedenkstätten, aber auch die verbale Verharmlosung, die den Opfern posthum die Würde nehmen will, nehmen zu – wie das traurige Beispiel der gestohlenen KZ-Tür von Dachau zeigt. Dem muss man sich entgegenstellen. Die NS-Schrecken in Erinnerung zu behalten, ist immer noch der beste Garant für gesunde Abwehrreaktionen – auch gegenüber den Neonazis unserer Tage, die gestern wieder in München ihren schaurigen Marsch abhielten.

Einen Schlussstrich, den sich (nicht nur) aus diesen Reihen mancher wünscht, wird es indes niemals geben. Das ist hohles Gerede. Wer sollte ihn ziehen? Die Justiz? Die Politik? Eine Gedankenpolizei? Sich an Auschwitz zu erinnern, bleibt letztlich jedem selbst überlassen. Niemand ist gezwungen. Aber auch niemand darf daran gehindert werden. Die Erfahrung zeigt, dass es umso besser gelingt, je konkreter es gerade für Jüngere gemacht wird. Deshalb ist es auch wichtig, regionale Bezüge zu dem Thema herzustellen. Grabe, wo Du stehst – so hieß vor Jahren der Aufruf zu einer lokal orientierten Geschichtsforschung. Er hat nichts an Bedeutung eingebüßt. Auschwitz war ein singulärer Ort, aber KZ-Todeslager gab es auch in der Region. Nicht nur in Dachau, auch in Kaufeering und Mühlhof. Es ist schade, dass es aufgrund lokaler Streitereien und bürokratischer Hemmnisse bis heute nicht gelungen ist, an beiden Orten würdevolle und dauerhafte Gedenkstätten zu eröffnen.

Solche Bemühungen sind umso wichtiger, da die Zeitzeugen weniger werden. Die letzten Zeugen sind heute 85 Jahre alt oder älter. Wir sollten ihnen zuhören. Denn jeder, der einem Zeugen zuhört, so hat Elie Wiesel einst geschrieben, wird selbst zum Zeugen.



**Dirk Walter**  
Sie erreichen den Autor unter  
Dirk.Walter@merkur-online.de

Tempo 80 auf Landstraßen?

Nicht alles über einen Kamm

Landstraßen sind die Friedhöfe unseres Verkehrssystems. Nirgendwo sonst verlieren mehr Autofahrer, Radler, Biker und Fußgänger ihr Leben als dort: Im Jahr 2013 waren es bundesweit 1934 Todesopfer, das sind 60 Prozent aller Verkehrstoten. Es besteht also Handlungsbedarf. Insofern ist es wichtig und richtig, dass sich der 53. Verkehrsgerichtstag in Goslar dieses Problems annimmt. Man kann allerdings nur hoffen, dass am Ende nicht eine starre Tempo-80-Regel herauskommt, die zwar das Gewissen beruhigt, am Kern des Problems aber vorbeigeht.

Landstraßen brauchen zusätzlich zur gültigen Tempo-100-Obergrenze mehr Einzelfall-Lösungen. Wie schnell auf ihnen gefahren werden darf, hängt von vielen Faktoren ab: Baumbestand am Rand, Zustand der Bankette, Übersichtlichkeit, Art und Zahl von Einmündungen, Bergkuppen oder Gefällstrecken sowie natürlich die Breite der Fahrbahn. Auch wenn es viel Geld und Personaleinsatz kostet: Landstraßen müssen sehr viel differenzierter beschilddert und dann auch in diesen Bereichen überwacht werden, wenn die Unfallzahlen gesenkt werden sollen. Tempolimits und Überholverbote auf engen Walddurchfahrten stoßen bei den allermeisten Autofahrern auf Akzeptanz. Unverbesserliche Raser schreckt nur eins ab: Radarfallen.



**Alexander Weber**  
Sie erreichen den Autor unter  
Alexander.Weber@merkur-online.de

Griechische Koalition steht  
Zauberlehrling

Schnell ist er ja, der neue griechische Premier Alexis Tsipras. Die Blitz-Koalition des linken Volkstribuns mit den Rechtspopulisten deutet allerdings darauf hin, dass Programme, Weltanschauungen und Ideologien, über die ansonsten heftig gestritten würde, nur deshalb einfach ausgeklammert werden können, weil die künftigen Machthaber nur von einem einzigen Gedanken beseelt sind: nämlich den Sparkurs über Bord zu werfen. Eine Grundlage für seriöse Regierungsarbeit ist das jedenfalls nicht, und man darf gespannt sein, ob der Zauberlehrling Tsipras der Geister Herr bleiben wird, die er tollkühn beschworen hat.

Offensichtlich kauft ihm eine Mehrheit der Griechen tatsächlich ab, dass sie die Verantwortung für eine drohende Staatspleite nicht nur anderen ans Bein binden können, sondern den gequälten Nothelfern auch noch ausgiebig den Stinkefinger zeigen dürfen, wenn die auf Selbstbeteiligung bestehen. Dabei ist offensichtlich, dass Tsipras sich und seinen Wählern in die Tasche lügt, wenn er so tut, als sei der Spielraum der Retter unbegrenzt. Enttäuschung ist programmiert. Die unendliche Geschichte der griechischen Hilfspakete und die quälenden Springprozessionen Frankreichs und Italiens beim Thema Reformen haben auch bei den Deutschen gefährlichen Unmut angestaut. Dass ihr Geduldsschnur nicht beliebig strapazierbar ist, dürfte selbst der langmütigen Kanzlerin klar sein – AfD, Pegida & Co. warten schließlich schon.



**Lorenz von Stackelberg**  
Sie erreichen den Autor unter  
Lorenz.Stackelberg@merkur-online.de

GRIECHENLAND NACH DER WAHL

In den Jubel mischt sich Skepsis

Nach dem Sieg des Linksbündnisses Syriza in Griechenland feiern Menschen im ganzen Land. Doch es schwingt schon jetzt Skepsis mit. Die Erwartungen sind groß und nicht alle zu erfüllen.

VON TAKIS TSAFOS UND  
ALKIMOS SARTOROS

Athen – Die Begeisterung ist riesig. Zehntausende Sympathisanten und Mitglieder der Linkspartei Syriza feiern bis in die frühen Morgenstunden den klaren Sieg der Bewegung unter ihrem 40 Jahre alten Politstar Alexis Tsipras. In Athen und im ganzen Land schwenken sie Partei-Fahnen – auch Banner ihrer bunten Komponenten aus Trotzlisten, Maoisten, Umweltschützern, Homosexuellen und Gewerkschaften sind zu sehen. Vor allem aber versammeln sich hier auch Menschen, die nicht aus klassischen linken Milieus stammen.

„Für uns ist es eine klare Sache gewesen. Die Konservativen haben uns in die Enge getrieben. Jetzt haben wir ihnen die Antwort gegeben“, sagt der 52 Jahre alte Lehrer Vassos Kaparos aus Nordgriechenland.

Drei seiner vier Kinder sind arbeitslos. Einer seiner Söhne ist vor einem Jahr in die Niederlande ausgewandert. In den vergangenen vier Jahren verlor er fast 50 Prozent seines Einkommens. „Ich war kein Linker“, sagt Kaparos. „Man hat einen aus mir gemacht.“

Begeistert zeigt sich der 76 Jahre alte Arzt Spyros Karras. Er stammt aus einer traditionellen linken Familie. Etliche seiner Verwandten wurden während des griechischen Bürgerkrieges (1947-1949) in die Verbannung auf die Felseninsel Makronisos geschickt. Vor der Wahl hatte er seinen alten Traum vom Kommunismus bereits aufgegeben. „Aber jetzt weht ein anderer Wind“, sagt er. „Das Volk hat sich gegen die unerträglichen Sparmaßnahmen erhoben.“

Die Menschen haben sich hinter Tsipras versammelt. Doch es scheint oftmals eine Trotzreaktion zu sein. „Wir machen uns keine Illusionen. Es wird nicht morgen früh Ar-



Grüße aus Athen: Jubelnde Tsipras-Anhänger machen deutlich, was sie von ihrem neuen Regierungschef erwarten: eine Abkehr vom strikten Sparkurs, den sie vor allem von Bundeskanzlerin Merkel aufgezogen sehen. FOTO: OPA

beit für uns geben“, sagt die 23 Jahre alte Friseurin Annita Skeri aus dem Athener Armenviertel Patissia. Es sei aber eine schöne „Rache“, das Gesicht des Verlierers Antonis Samaras zu sehen. Ihrer Ansicht nach ist er verantwortlich für die „Verelendung“ des Volkes. Ob es mit dem Linken Tsipras besser wird? Skeri weiß es nicht. „Aber schlechter wird es kaum werden.“

Dass die Probleme Griechenlands mit dem Wahlsieg der Linken nicht auf einen Schlag gelöst sind, ist vielen

Griechen klar. „Samaras ist weg, Tsipras ist da“, sagt ein Taxifahrer in Athen am Montagmorgen. „Aber unsere Probleme auch.“ Auch er habe Tsipras gewählt, erzählt er. Im parteinahen Radiosender „Sto Kokkino 105,5“ wird die „Internationale“ gespielt. „Schöne Musik“, verabschiedet sich der Taxifahrer. „Aber sie löst keine Probleme. Mal sehen, was Tsipras zaubern kann.“

Wie es in Athen weitergeht, hängt vor allem vom Funktionieren des neuen Regierungsbündnisses ab: Denn Tsipras

geht eine Koalition mit einem historischen Erzfeind ein. Sein radikales Linksbündnis Syriza arbeitet künftig mit den rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen (Anexartitoi Ellines) zusammen. Im Kampf gegen die Vorgaben der internationalen Geldgeber ignoriert er offenbar bereitwillig viele ideologische Gräben. Innen- und außenpolitisch drohen Konflikte.

Im Wahlkampf setzte Tsipras auf Kompromisslosigkeit. Koalitionen schloss er aus. Doch das Wahlergebnis ließ ihm wenige Möglichkei-

ten. Die beiden bislang regierenden Parteien der Konservativen und der Sozialisten hatte er wiederholt hart angegriffen. Sie seien Lakaien der internationalen Geldgeber und an der Verelendung im Lande schuld, sagte er.

Auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums hat sich Tsipras keine Freunde gemacht. Die kommunistischen Hardliner der KKE verweigerten dem Politiker schon im Wahlkampf jede Unterstützung. Für sie ist auch er ein Repräsentant des kapitalistischen Systems.

Damit blieb Tsipras wenig übrig: Eine Annäherung an die rassistische und rechtsradikale Goldene Morgenröte war selbst für den wandlungsfähigen Politstar undenkbar. „Die Menschen sollten nicht viele Erwartungen an diese Regierung haben“, sagt Wirtschaftswissenschaftler Panagiotis Petrakis von der Universität Athen. Wegen der finanziellen Zwangslage des Landes, aber auch wegen der großen politischen Differenzen habe diese Koalition von Anfang an wenig Handlungsspielraum.

So geht es in Athen weiter

Wie geht es nach dem Wahlsieg des Linksbündnisses Syriza in Griechenland weiter? Gestern empfing zunächst Staatspräsident **Karolos Papoulias** den **designierten Ministerpräsidenten Alexis Tsipras**. Dabei wurde der Syriza-Chef mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Unmittelbar danach wurde Tsipras am Sitz des Staatspräsidenten **vereidigt**. **Heute** soll die Zusammensetzung des **neuen Kabinetts** bekanntgegeben werden. Danach sollen auch die **Minister vereidigt** werden. Die konstituierende Sitzung des neuen Parla-

**ments ist am 5. Februar** vorgesehen. Anschließend muss das Parlament **innen zehn Tagen die neue Regierung im Amt bestätigen**. Zudem muss das Parlament einen **neuen Staatspräsidenten** wählen. Denn die vorgezogene Wahl war notwendig geworden, weil die Wahl eines Präsidenten im Parlament Ende 2014 gescheitert war. Die **Amtszeit von Papoulias läuft Anfang März** aus.

Bis Ende Februar muss eine neue Vereinbarung mit den internationalen Geldgebern ausgehandelt werden. Dann laufen die Hilfszahlungen aus.

„Wie er seine Pläne finanzieren will, ist Tsipras' Geheimnis“

Kostantinidis: Griechenlands neuer Premier muss mit der Troika reden – Allianz mit Südländern gegen Sparpolitik

Über den Wahlausgang in Athen sprachen wir mit Stavros Kostantinidis, Anwalt, Chef der Münchner Europa-Union und Vorsitzender der griechischen Akademie.

■ **Ist der Sieg des jungen Alexis Tsipras eine Abkehr von der alten politischen Klasse oder eher Fortsetzung der alten Tradition, wer am meisten verspricht, wird gewählt?**

Schwierig zu sagen. Syriza ist eine ganz neue Partei mit vielen Strömungen von ganz links bis in die politische Mitte. Sie gehörte bisher nicht dem politischen Establishment an.

■ **Und die Versprechungen?**

Tsipras hat mit zwei Versprechen Wahlkampf gemacht. Erstens: Er werde in der EU eine neue Linie in der Schuldenpolitik gegenüber Griechenland durchsetzen. Er werde dazu nicht mehr mit der Troika reden, sondern nur mit den EU-Regierungen verhandeln. Das Ziel: 60 Prozent der griechischen Schulden sollen erlassen werden,

damit die Griechen mit der Last leben können. Das ist sehr wichtig. Zweitens: Er werde das starre politische Establishment aufbrechen. Es sollen nicht mehr wie seit Jahrzehnten die gleichen wenigen Familien sein, die die Entscheidungen im Land treffen. Beide Ziele muss er mit unterschiedlichen Mitteln erreichen: Gegenüber den Kreditgebern braucht er diplomatisches Geschick, in der Innenpolitik braucht er eine harte Hand.

■ **Auf der einen Seite um Schuldenerlass bitten, auf der anderen Seite das Geld mit vollen Händen ausgeben – das wird nicht gehen.**

Das ist das große Dilemma und gleichzeitig das große Geheimnis von Alexis Tsipras. Er hat nicht gesagt, wie er dieses Problem lösen will. Er hat versprochen, den Mindestlohn auf 751 Euro anzuheben. Wie er das finanzieren will, hat er nicht gesagt. Das gleiche gilt für sein angekündigtes 1,8-Milliarden-Sofortprogramm im sozialen Bereich. Fakt ist: Bis Ende März



**Stavros Kostantinidis** ist Münchner Grieche, Anwalt und Akademie-Chef

braucht Griechenland 2 Milliarden Euro, um staatliche Grundkosten zu decken, und bis Juni weitere 5,2 Milliarden, um die Staatsanleihen zu bedienen. Tsipras wird also jenseits allen Wahlkampfgetöses mit den Vertragspartnern der Troika reden müssen, um die kurzfristigen Kosten zu decken. Tsipras muss einen Konsens finden.

■ **Wie steht es um die wirtschaftliche Lage?**

Tsipras muss ein Konjunkturprogramm vorlegen, mit dem er Griechenland eine Zukunftsperspektive eröffnet. Wir haben zwar ein Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent, aber wir haben leere Haushaltskassen bis März, wir haben keine Perspektive

für unsere arbeitslosen Jugendlichen, wir haben keine Investitionen, keine Banken, die die Unternehmen finanzieren. Wir hatten im letzten Jahr 70 000 Firmenpleiten. Was nutzt also ein Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent, bei dem kein neuer Arbeitsplatz geschaffen wurde? Der erwirtschaftete Überschuss ist voll in den Schuldendienst geflossen, in Griechenland ist davon nichts geblieben.

■ **Waren die Reformen des konservativen Samaras sozial zu ungerecht? Zahlen die Reichen, etwa die Reeder, jetzt auch Steuern?**

Die Reeder zahlen Steuern, aber nur für den Teil ihres Geschäfts, den sie in Griechenland abwickeln. Die meisten haben aber ihre Niederlassungen in England oder in Asien.

■ **Hat sich die Steuerreform verbessert?**

Ja, es wird besser, aber so etwas geht nicht von heute auf morgen. Wir erwischen nicht alle Steuerpflichtigen per Knopf-

druck. Wir sind dabei, endlich von Karteikarten auf moderne elektronische Software im Steuerbereich umzustellen. Wir haben leider aber auch ungerechte Steuern. So ist die Immobiliensteuer um 800 Prozent (!) erhöht worden. Steuern müssen moderat sein, sonst erwürgen sie die Bürger.

■ **Man hatte den Eindruck, Tsipras habe mehr Wahlkampf gegen Merkel als gegen Samaras gemacht. Wird das Verhältnis zu Berlin zu reparieren sein?**

Im Wahlkampf hat Tsipras gesagt, Kanzlerin Merkel sei ja nur eine von 28 Regierenden in der EU, sie entscheide nicht allein. Nichtsdestotrotz hat sich Tsipras aber in der Zwischenzeit sowohl mit Bundesfinanzminister Schäuble als auch mit Staatssekretär Asmussen getroffen, um zu reden. Gleichzeitig wird er – geheim oder offen – versuchen, mit den anderen Südländern eine Allianz zu gründen, um von der strikten Sparpolitik wegzukommen.

Interview: **Alexander Weber** und **Georg Anastasiadis**